

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

BUNDESMINISTER FÜR EU,
KUNST, KULTUR UND MEDIEN

Mag. Gernot Blümel, MBA

An den
Präsidenten des Nationalrats
Mag. Wolfgang SOBOTKA
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.120/0014-1/4/2018

Wien, am 23. April 2018

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Gamon, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. Februar 2018 unter der **Nr. 325/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend der Integration der Westbalkanstaaten gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

- *EU-Kommissar Johannes Hahn (ÖVP) sagte am 19.1.2018, dass für ihn ein Beitritt der Westbalkanstaaten bis 2025 vorstellbar sei (<https://kurier.at/politik/ausland/balkan-eu-beitritte-2025-machbar/307.366.385>).*
Stimmen Sie in dieser Frage mit dem Kommissar überein?
a) *Welche Position vertreten Sie diesbezüglich auf europäischer Ebene?*

Österreich unterstützt das Ziel der EU-Erweiterung um die Länder des westlichen Balkans. Der in der von der Europäischen Kommission am 6. Februar 2018 vorgelegten Erweiterungsstrategie für den westlichen Balkan angeführte Zeithorizont 2025 für mögliche Beitritte ist kein Automatismus, sondern ein Best-Case-Szenario und ein wichtiges Signal an die Länder der Region, ihre Reformanstrengungen zu intensivieren.

Zu Frage 2:

- *Sind Sie für die Beibehaltung der Heranführungshilfe für die Westbalkanstaaten in ihrer jetzigen Form?*
 - a) *Sehen Sie Bedarf für einen Ausbau der Heranführungshilfe?*

Österreich schlägt eine stärkere Orientierung des Instruments für Heranführungshilfe an die Struktur des Europäischen Struktur- und Investment(ESI)-Fonds vor, um die Länder des westlichen Balkans sukzessive an die Modalitäten des ESI-Fonds heranzuführen. Gleichzeitig vertritt Österreich die Auffassung, dass eine stärkere Verknüpfung der Mittelzuteilung mit Konditionalität und Reformfortschritten als bisher sowie ein effizienter Mitteleinsatz erforderlich sind.

Zu Frage 3:

- *Der Abgeordnete zum EP, Othmar Karas, erwähnte kürzlich in einem Tweet (https://twitter.com/othmar_karas/status/960085564300111872), es sei wünschenswert, dass die Bürger_innen der Staaten Serbien, Montenegro und Kosovo bereits 2024 bei den EP-Wahlen wählen dürfen. Halten Sie einen baldigen Beitritt des Kosovo zur Union für ebenso realistisch wie Ihr Parteikollege?*

Die Geschwindigkeit der weiteren EU-Annäherung der einzelnen Länder des westlichen Balkans, einschließlich des Kosovo, hängt mit den individuellen Fortschritten bei der Erfüllung der Kriterien zusammen. Dazu gehören vor allem Fortschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und – im Falle Serbiens und des Kosovos – messbare Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen untereinander.

Zu Fragen 4 und 8:

- *Es ist absehbar, dass die meisten oder alle Staaten des Westbalkans bis 2025 nicht alle Beitrittskriterien erfüllen werden können. Ist ein EU-Beitritt dieser Staaten für Sie vorstellbar auch ohne, dass die Beitrittskriterien voll erfüllt werden? Bitte um Aufschlüsselung nach Staaten.*
- *Im Regierungsprogramm ist von einem "Eintreten für eine EU-Erweiterungspolitik mit klaren Kriterien: Unterstützung für die Staaten des Westbalkans auf der Grundlage ihrer individuellen Fortschritte." die Rede. Es gibt bereits klare Kriterien für die EU-Erweiterungspolitik. Meinen Sie mit dieser Formulierung, dass Sie sich für eine Änderung dieser Kriterien einsetzen werden?*
 - a) *Wenn ja, in welcher Form und wann?*

Österreich unterstützt die dem EU-Beitrittsprozess zugrundeliegenden festgelegten Kriterien voll und ganz. Konditionalität und die Bewertung der betreffenden Länder auf Grundlage ihrer individuellen Fortschritte sind und bleiben Eckpfeiler der EU-Erweiterungspolitik gegenüber den Ländern des westlichen Balkans.

Die Erfüllung der Beitrittskriterien ist und bleibt somit Voraussetzung für einen Beitritt zur EU. Dies gilt für alle Länder des westlichen Balkans.

Zu Frage 5:

- *Ist die Entwicklung der Westbalkanstaaten zu einer Zone der Stabilität nach wie vor ein primäres Ziel der österreichischen Außenpolitik?*
 - a) *Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie während Ihrer Amtszeit zu setzen?*

Die Stabilisierung der Region und die Beitrittsperspektive aller Länder des westlichen Balkans sind und bleiben ein wesentliches Ziel der österreichischen Europa- und Außenpolitik. Eine Europäische Union, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Stabilität, Sicherheit und Frieden bietet, ist nur möglich, wenn auch in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU Stabilität und Sicherheit herrschen. Es liegt daher im österreichischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse, dass die Zukunft des Westbalkans in der Europäischen Union verankert ist.

Österreich wird sich in diesem Sinne sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch im Berlin-Prozess aktiv einbringen. Ein Wegweiser wird dabei die Strategie der Europäischen Kommission vom 6. Februar 2018 sein, welche die noch notwendigen Schritte in aller Klarheit darlegt.

Zu Fragen 6 und 7:

- *Welche Maßnahmen wurden in der inhaltlichen Vorbereitung auf den österreichischen EU-Ratsvorsitz bezüglich der Integration des Westbalkans bereits getroffen oder sind für die Zeit des österreichischen Ratsvorsitzes geplant?*
- *Was ergab der diesbezügliche Austausch mit dem derzeitigen Vorsitzland Bulgarien, das Fortschritte in der Integration des Westbalkans zum Primärziel für die derzeit andauernde Präsidentschaft erklärt hat?*

Österreich steht mit Bulgarien laufend und auf allen Ebenen in einem regen Austausch, um den eigenen Vorsitz bestmöglich vorzubereiten. Gemeinsam mit Estland haben Österreich und Bulgarien im Programm des Trio-Ratsvorsitzes (1. Juli 2017 bis 31. Dezember 2018) festgelegt, dass der Westbalkan näher an die EU herangeführt werden soll. Gemeinsame Schwerpunkte hierbei sind Fragen der Sicherheit, Konnektivität und regionalen Zusammenarbeit.

Die konkrete Ausgestaltung der österreichischen Initiativen wird maßgeblich von den Entwicklungen der kommenden Monate, u.a. von den Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission und der Ratsdiskussion dazu, beeinflusst werden.

Österreich wird während des Ratsvorsitzes jedenfalls die Bemühungen Bulgariens aufgreifen und weiterführen. Dazu zählt, sich - gemeinsam mit seinen europäischen Partnern - dafür einzusetzen, die EU-Perspektive aller Staaten des westlichen Balkans konkret auszugestalten und messbare Fortschritte, auf Basis von strikter und fairer Konditionalität und dem Ansatz „Fundamentals First“, zu erzielen.

Des Weiteren sollen gutnachbarschaftliche Beziehungen, regionale Kooperation sowie die sozio-ökonomische Entwicklung gefördert werden. Zudem sollen die Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Montenegro vorangetrieben, die Beziehungen mit Mazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo weiter gefestigt und der Belgrad-Pristina Dialog gefördert werden.

Österreich wird darüber hinaus bemüht sein, die Teilnahme von Vertretern der Westbalkanregion in EU-Diskussionen, vor allem auf Ministerebene, zu fördern. Am Rande des informellen EU-Außenministertreffens soll daher ein eigenes Westbalkan-Segment stattfinden.

Mag. Gernot Blümel, MBA

